

Straße saniert. Existenz ruiniert.

#STRASSENAUSBAUBEITRÄGE ABSCHAFFEN

Wenn in unseren Städten und Gemeinden Straßen ausgebessert oder saniert werden, sind die Kommunen laut Kommunalabgabengesetz (KAG) dazu gezwungen, die Anwohner an den entstehenden Kosten zu beteiligen. Neben Bremen und Sachsen-Anhalt gibt es eine solche Regelung nur noch in NRW.

Der Anteil der Kosten variiert dabei von Kommune zu Kommune und ist in der jeweiligen kommunalen Satzung unterschiedlich hoch festgelegt: Die Höhe der Kostenbeiträge reicht – je nach finanzieller Situation der jeweiligen Stadt und Gemeinde – von 50 bis hin zu 80 Prozent.

DIE ERHEBUNG SOLCHER STRASSENAUSBAUBEITRÄGE IST ZUTIEFST UNSOZIAL.

- ▶ Straßenausbaubeiträge betreffen nicht nur Wenige, sondern Viele. Bescheide in 5-stelliger Höhe sind keine Seltenheit, sondern eher die Regel. Auf die Leistungsfähigkeit der Betroffenen wird dabei keine Rücksicht genommen.
- ▶ Das belastet besonders Rentner und junge Familien. Gerade Rentnerinnen und Renter geraten dadurch in existenzgefährdende Situationen, da ihnen kaum Kredite gewährt werden.
- ▶ Das führt dazu, dass beispielsweise in Bad Laasphe ein Hartz IV-Empfänger über 5.000 Euro zahlen muss, einer Mutter in Feudingens wegen einer Forderung von 9.000 Euro vor Verzweiflung die Tränen kamen und ein Rentner in Mönchengladbach über 90.000 Euro zahlen soll.

WIR SIND DESHALB FÜR DIE VOLLSTÄNDIGE ABSCHAFFUNG DER STRASSENAUSBAUBEITRÄGE UND WOLLEN DIE KOMMUNEN DAFÜR AUS DEM LANDESHAUSHALT ENTSCHÄDIGEN. DAZU HABEN WIR EINEN GESETZENTWURF IN DEN LANDTAG VON NORDRHEIN-WESTFALEN EINGEBRACHT.

- ▶ Die regierungstragenden Fraktionen von CDU und FDP lehnen unseren Gesetzentwurf aber ab. Sie sind weiter dafür, dass Bürgerinnen und Bürger an den immensen Kosten unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Lage beteiligt werden sollen.

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



- ▶▶ Mit einem eigenen Gesetzentwurf wollen CDU und FDP hauptsächlich die Information über Straßenausbaubeiträge verbessern. Informationen senken aber nicht einen einzigen Beitragsbescheid.
- ▶▶ Auch die finanzielle Förderung und die Senkung der Höchstbeiträge, die das Land in Aussicht stellt, sind nur eine Farce. Sie führen vor allem zu bürokratischem Mehraufwand in den Kommunen. Und es bleibt bei einer uneinheitlichen Regelung.
- ▶▶ Wer durch die Senkung der Beiträge künftig anstelle von 30.000 Euro nur 24.000 Euro bezahlen soll, wird das wohl kaum als Entlastung empfinden.

Deshalb bleiben wir dabei: **Wir wollen Straßenausbaubeiträge für die vielen Betroffenen abschaffen. Und mit uns über 460.000 Menschen, die die Volksinitiative unterschrieben haben, sowie zahlreiche Stadträte und Bürgerinitiativen in NRW, die sich inzwischen sogar zu einer Landesinitiative zusammengeschlossen haben.**



#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.

#FairGehtMehr

#DuBistEsWert

#ZusammenWachsen